

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 113 (2019)
Heft: 1-2

Artikel: Der Beitrag der religiösen Sozialisten zum Sozialismus in der Schweiz
Autor: Mattmüller, Markus
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-868042>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Déjà-vu

Der Beitrag der religiösen Sozialisten zum Sozialismus in der Schweiz

Markus Mattmüller

Einige Pfarrer des 19. Jahrhunderts lasen die Bibel mit liberalen Augen und fanden darin die Botschaft von der Brüderlichkeit aller Menschen und ihrer Solidarität untereinander. So hat jener Theologe Paul Brandt gedacht, der der erste sozialistische Pfarrer im deutschen Sprachgebiet und der zweite Präsident der SPS geworden ist; er gehörte seit 1902 der «Kapelle Greulich» der sieben sozialistischen Nationalräte an; in der ersten vollständigen Nationalratsfraktion von 1911 waren unter 18 Sozialdemokraten immerhin zwei ehemalige Pfarrer, Paul Pflüger aus Zürich und Howard Eugster-Züst aus Ausserrhoden [...]. Pflüger, der Zürcher Stadtrat, ist der grosse Pionier des Gemeindegewerkschaftssozialismus in der Schweiz, der in den frühen roten Städten starkes Gehör gefunden hat. Eugster-Züst, der Weberpfarrer aus Hundwil, dem es als erstem Pionier der Gewerkschaftsbewegung in Europa gelang, Heimarbeiter zu organisieren, ist von 1911 bis 1932 einer der ganz grossen Sozialpolitiker in der Bundesversammlung geworden. [...]

Die Bedeutung der religiösen Sozialistinnen und Sozialisten für die Partei liegt meines Erachtens nicht darin, dass sie ihr Christen zugeführt haben, sondern dass sie innerhalb der sozialistischen Bewegung die drei Elemente Friedenskampf, soziale Demokratie und Arbeiterbildung glaubwürdig und prinzipientreu vertreten haben. [...] Man muss aber auch die umgekehrten Einflüsse sehen: Die Christen verdanken ihrem Engagement in der Arbeiterbewegung eine Zuwendung zur Welt, eine Befreiung aus kirchlicher Abgeschlossenheit. Das war für die gesamte Christenheit wichtig: Dieses Engagement war gleichsam ein

Ausguck für einen Teil der Christen, und er hat vielleicht dazu beigetragen, dass die Kirchen nicht mehr so selbstverständlich bourgeois sind wie früher und dass sich die babylonische Gefangenschaft des Evangeliums in der Bürgerlichkeit abgelöst hat.

● *Neue Wege* 7–8/1988, S. 204–208.

Clara Ragaz-Nadig (1874–1957). Ein Leben für Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit

Isabelle Wohlgemuth

«Ich bin überzeugt, dass die Gedanken des Sozialismus den Gedanken des Christentums am nächsten verwandt, ja aus ihm hervorgegangen sind und dass wir ebenso sicher auf ihre Verwirklichung hoffen dürfen als auf die Verwirklichung der christlichen Gedanken.» Um auf deren Verwirklichung hinzuarbeiten, befürwortete Clara Ragaz als Druckmittel der Sozialdemokratie auch Streiks und Boykottmassnahmen. Dabei ging es Clara Ragaz nie um die Partei als solche, sie lehnte vielmehr jegliche Form von «sektiererhaftem, engem Parteigeist» entschieden ab. Um an der grossen Aufgabe, der Verbreitung des sozialen Gedankens, mitzuwirken, entschloss sich Clara Ragaz anfangs des Jahres 1913 dennoch, in die Sozialdemokratische Partei der Schweiz einzutreten, um dort «denjenigen Elementen, die mehr als nur ihre eigenen Interessen suchten, eine Stütze und Hilfe zu sein». Clara Ragaz' religiös-soziale Grundhaltung sollte sie auch später vor einer Festlegung auf die parteipolitische Doktrin der SPS bewahren. Zwar vertrat Clara Ragaz bis an ihr Lebensende die Auffassung, dass ein dauerhafter Friede nur auf der Basis der Gerechtigkeit und der Chancengleichheit für alle zu verwirklichen sei, weshalb sie die Notwendigkeit einer Umgestaltung der Wirtschaftsordnung im Sinne einer Bedarfs- und Planwirtschaft unterstrich.

Im Gegensatz zu Vertretern der marxistischen Klassenkampfstrategie betonte Clara Ragaz aber stets, zur Umwandlung des gegenwärtigen sozioökonomischen Systems seien nur friedliche Mittel anzuwenden. Clara und Leonhard Ragaz wiesen immer wieder darauf hin, dass sich der Sozialismus nicht mit Gewalt und Zwang verwirklichen lasse, sondern lediglich auf der Basis der freien Überzeugung. In logischer Konsequenz dieser Einstellung lehnten beide auch den bolschewistischen Führungs- und Machtanspruch scharf ab, weil sie den gewaltgläubigen Kern der Leninschen Doktrin klar erkannten. Mit der Begründung, ein «Sozialismus, der seine Friedensbotschaft aufgabe, verrate seine Seele und gebe seinen schöpferischen und werbenden Enthusiasmus preis», traten Clara und Leonhard Ragaz denn auch aus der SPS aus, nachdem diese 1935 die militärische Landesverteidigung bedingt anerkannt hatte.

● *Neue Wege* 7–8/1992, S. 226–234.

Zu meinem Austritt aus der sozialdemokratischen Partei

Leonhard Ragaz

Ich glaube an den Sozialismus, sogar mehr als je, aber ich glaube nicht mehr an die Sozialdemokratie als seine wesentliche Trägerin. [...]

Nein, wir gingen nicht zu einer politischen Partei, sondern wir gingen zu dem Proletariate, das damals wesentlich durch diese Partei vertreten war. Wir wollten zu ihm ziehen, wollten ihm die Hand reichen, ihm in einem tieferen als dem politischen Sinne Genossen sein. Es waren damals die «Zöllner und Sünder», zu denen wir gingen. Es trieb uns die Liebe zu diesen Brüdern und Schwestern. Es trieb uns die Schuld der bürgerlichen und der christlichen Gesellschaft gegen sie. Es trieb uns Christus.

Und unsere letzte Hoffnung war nicht der Sieg einer Partei,

auch nicht einmal der des Sozialismus, so wichtig uns dieser ist, sondern jene Erneuerung der Sache Christi, von der auch der Sozialismus und die ganze soziale Gärung uns nur Vorboten waren. [...]

Meine direkte Aufgabe an der Sozialdemokratie ist abgeschlossen. (Indirekt kann ich ihr vielleicht noch weiter dienen.) [...]

Wie uns nicht unser Antimilitarismus mit der Sozialdemokratie verbunden hat, so trennt uns auch nicht unser Antimilitarismus von ihr. Vielmehr erblicken wir in der Art und Weise, wie sie nun auf Antreiben gewisser sogenannter Führer hin ihre Stellung in dieser Frage geändert hat, nur eine Äusserungsform, freilich eine besonders bedeutsame und zentrale, ihres politischen und geistigen Zerfalls, vor allem der völligen inneren Haltlosigkeit ihrer Führung. Und freilich meinen wir, dass ein Sozialismus, der seinen Friedenskampf, seine Friedensbotschaft, seinen radikalen sozialistischen Antimilitarismus aufgibt, damit seine Seele verrate, seinen schöpferischen und werbenden Enthusiasmus preisgebe. Wir erblicken in der Wendung, welche die Militärpolitik der Partei nun genommen hat, nicht die Frucht eines tiefgehenden Umdenkens in bezug auf Volk und Vaterland, die ganz anders aussähe, sondern das Ergebnis eines rein opportunistischen und dazu feigen Umfallens, nicht eine neue Fassung des Sozialismus, sondern einen Verrat des Sozialismus an den bürgerlich-kapitalistischen, bewusst oder unbewusst dem Faschismus dienenden Militarismus und Patriotismus, nicht die Öffnung des Weges zu einer neuen Ordnung, sondern eine Huldigung an die Moloch-Götzen der untergehenden Welt und einen Beitrag zum Untergang auch der Schweiz [...].

● *Neue Wege* 1/1936, S. 13–25.

Zum Religionspapier der JUSO Schweiz

Willy Spieler

Die Juso haben gewiss Recht, wenn sie die religiöse und weltanschauliche Neutralität des Staates betonen. Der Staat hat kein Mandat, die letzten Sinn-, Wahrheits- und Glaubensfragen zu beantworten. Ob als Theist oder als Atheist macht er eine schlechte Figur und diskriminiert den jeweils anders glaubenden oder denkenden Teil des Volkes. Dennoch folgt aus dieser Neutralität des Staates nicht zwingend dessen Trennung von der Kirche. Es gibt neben einer «negativen Gleichberechtigung», in der keine Kirche oder Religionsgemeinschaft irgendeine staatliche Hilfe erwarten darf, auch eine «positive Gleichberechtigung», in der nicht nur die Kirchen, sondern alle bedeutenden Religionsgemeinschaften vom Staat unterstützt werden. Anders gesagt: Wird die Privilegierung der Kirchen auf alle vergleichbaren Religionsgemeinschaften ausgedehnt, hört sie auf, eine zu sein. Auch Weltanschauungsgemeinschaften wie zum Beispiel Freidenkervereinigungen hätten ein Recht auf solche Anerkennung, wo immer sie für ihre Mitglieder eine den Kirchen analoge Stellung einnehmen. Natürlich musste der Staat säkulare Kriterien der Anerkennung festlegen, wie das im kantonalzürcherischen Anerkennungsgesetz der Fall war, das 2003 unter dem üblichen SVP-Slogan «Keine Steuergelder für Koranschulen» vom Volk verworfen wurde. Zu diesen Kriterien hätten die Bejahung rechtsstaatlicher Grundwerte, eine demokratische Organisation, die Offenlegung der Finanzen und eine Mindestgrösse von 3000 Mitgliedern gehört.

Welche Form der Gleichberechtigung den Vorzug verdient, lässt sich nicht ein für allemal ausmachen. Unter den Bedingungen einer kapitalistischen Gesellschaft wird die freie Entfaltung der Religionsgemeinschaften aber weit eher durch die positive Gleichberechtigung gewährleistet. [...]

Problematisch kann auch eine unterlassene Aussage sein. So schweigt das Juso-Papier zur Frage, ob und wie sich der massive Sozialabbau kompensieren liesse, wenn die Kirchensteuern schweizweit wegfielen und die Kirchen ihre zahllosen diakonischen Dienste nicht mehr erbringen könnten. Wäre es da nicht besser, nach Lösungen zu suchen, die sowohl das laizistische als auch das soziale Selbstverständnis linker Politik beachten würden? Warum nicht die Kirchensteuer durch eine Mandatssteuer ablösen? Es handelte sich dabei weiterhin um eine gemeinschaftsgebundene Steuer, doch könnten die Steuerpflichtigen selber entscheiden, ob sie diese Steuer einer Kirche, einer anderen Religions- beziehungsweise Weltanschauungsgemeinschaft oder einem Hilfswerk zukommen lassen wollten. In diese Richtung würde ich gern im Dialog mit den Juso weiterdenken.

● *Neue Wege* 2/2010, S. 42–44.

○ In der Rubrik «Déjà-vu» werden Textauszüge aus den ersten 112 Jahren *Neue Wege* neu publiziert. Die vollständigen Artikel und sämtliche Ausgaben der *Neuen Wege* seit dem Gründungsjahr 1906 finden sich im Archiv e-periodica.ch.

